

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Geschäftsstelle am Samstag.
Jahrespreis vierteljährlich 50 Pf., Einzelnummer 5 Pf.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungssatz unter Nr. 5047 a.

Berantwortlicher Schriftsteller: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Röderstraße 16.
Hörer: Nr. 8800. — Postscheckkonto Stuttgart 8808.

Anzeigengebühr
für die sechsgesparte Koloniezeitung oder deren Raum 50 Pf.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Abwehr der Vereinsbildung

Der deutsche Elendspegel, der Markurs, springt erbös auf und nieder. Gegenwärtig pendelt er zwischen 1500 und 1600. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sein Auf und Nieder höchstens eine sinkende Tendenz annimmt. Gegenüber diese günstige Annahme sprechen zur Stunde allerdings verschiedene Umstände, insonderheit die Erwerbslosigkeit, der deutsch-belgischen Verhandlungen. Die belgischen Vertreter Delacroix und Pemelmons, die mit der Reichsregierung über die an Belgien fällige Reparationsleistung von 270 Millionen verhandelten, sind unverrichteterweise heimgesahen, weil keine Einigung über die Bürgschaft für diese vorläufig in Schatzbonds zu entrichtende Summe erzielt werden konnte. Die Brüsseler Regierung fordert nun von der Reichsregierung, daß diese zur Sicherung der Schatzbonds von dem Goldbestand der Reichsbank 100 Millionen in eine belgische Bank überführe. Dieses Verlangen erfüllen, hieße den bis in die Nähe des Nullpunkts zusammengeschrumpften Staatsmitteln den Rest geben. Die unausbleibliche Folge dieser Goldentlösung wäre weiteres Sinken der Mark, weitere Steigerung der Teuerung, größere Erschwerung der Reparationsleistung. Grund in Fülle für die Reichsregierung, die belgische Forderung abzulehnen. Damit ist die Sonderverhandlung zwischen Belgien und Deutschland zu Ende und die Reparationskommission hat das Wort.

Welches beren Entscheid in der Goldfrage ist, löst sich noch nicht sagen, allein es ist ohne großes Wagnis anzunehmen, daß sie den Weg der Verständigung einschlagen wird. Die hohen Verbündeten haben jetzt eine andere, sehr schwere Sorge: die gefährliche Zuspizung des griechisch-türkischen Konflikts, der im Grunde nichts ist als ein Konflikt zwischen Frankreich und England. Die kleineren Staaten schlagen sich zu dem einen oder dem anderen der beiden Großstaaten. Da beide Gruppen trachten müssen, Hände und Hände möglichst frei zu haben, um im Falle aktionsfähig zu sein, können sie jetzt, wie leicht begreiflich, nicht auch noch eine Reparationskrise gebrauchen. So ist es wahrscheinlich, daß man hüben und drüben sich bemühen wird, die Geschichte mit den 270 Millionen schiedlich-friedlich aus der Welt zu schaffen, zumal sie doch nur eine Unzigeit darstellt neben dem gewaltigen Einsatz, worum im griechisch-türkischen Streit gerungen wird. Dazu kommt noch ein anderes, was Deutschland einen etwas lichteren außenpolitischen Himmel verheißt.

Die französische Schweiz ist eine, deren bestehende Stufen im Parlament und in den Regierungsstuben der Adressatenebene erlischt und deren freigebige Hand die Boulevardpresse wohl zu schämen weiß, dürfte nun ein starkes Bedürfnis nach Ruhe mit Deutschland verspüren. Denn der Vertrag zwischen Lübeck und Stinnes (von dem an anderer Stelle der heutigen Nummer noch die Rede ist) verbürgt der französischen Schwerverdienstschafft einen Gewinn von ungeheurem Größe; dem deutschen Schwerverdienstschafft Stinnes nicht minder. Der deutsche Profogenosse teilt sich mit seinen erfährenden Profingenossen in die Beute, die dem deutschen Volke, richtiger seiner Arbeiterklasse, abgepreßt werden soll. Man nennt das Patriotismus der Fabrikanten! Um die Beute zu erschaffen, heranzubringen und zu verdauen, ist Ruhe vor allem nötig. Anlaß genügend für die französische Schwerverdienstschafft, ihre Dienststellungen in Amts- und Zeitungsstuben angzuweisen, bis auf weiteres den Ton der Beruhigung anzuschlagen.

Aus dem Ruhebedürfnis der französischen Schwerverdienstschafft als auch der Fesselung der Verfailler im türkisch-griechischen Konflikt quillt einige Hoffnung auf Besserung des Markurs. Es wird freilich gut sein, die Erwartung darf zu halten. Indessen, wie sich auch der Markurs heben oder halten mag, eine günstige Wirkung auf die innenpolitische Preisgestaltung dürfte er bestimmt nicht haben, weil für letztere das außenpolitische Verhältnis zwar in hohem Grade maßgebend, aber nicht ausschlaggebend ist.

An unserer Teuerung hat die Dreigestaltigkeit der Elendshändler, die Agrarier, Industriellen und Händler, ein vollgerüstet Maß von Schuld. Die Auswirkung der letzten großen Markverschlechterung auf dem deutschen Warenmarkt ist noch in vollem Zuge. Nachdem die Agrarier, Fabrikanten und Großhändler ihre Preise hinaufgeschrieben, haben die Kleinhandels mit dem ebenso mühselos wie einträglichen Geschäft der Bewirtschaftung begonnen. Die Menschenarten ziehen sich von Tag zu Tag, die nicht mehr wissen, wie sie ihre Blöße bedecken, wie den Magen stillen. Auf der ganzen Linie sind die Gewerkschaften mit allen Kräften bestrebt, das Einkommen der Teuerung anzugleichen. Unerträglich zu sagen, daß dieses Streben, auch wenn es noch so erfolgreich wäre, wie es nur zu oft nicht ist, nicht das Ende zu verhindern vermag, das die Preissteigerung in die Arbeiterschaft reicht. So muß die Ernährung immer forger, die Kleidung,

immer zerstört werden, die Lebenshaltung immer zahlreicher Schichten unter die Hungergrenze sinken. Was kümmert dies dem Gezücht von Erzeugern und Warenverkäufern? Die Textilfabrikanten haben den Garnpreis vertauschend, die Bauern den Kartoffelpreis verzweihundertfach, die Papierfabrikanten den Papierpreis verbierhundertfach. Und so weiter in der Warentheorie.

Angesichts dieser Tatsache kann es nicht wundernehmen, daß in der Arbeiterklasse wilde Verzweiflung um sich greift und daß sie eifrig nach Mitteln sucht, die schamlose Ausbeutung hintanzuhalten. Das hierbei soll das Übel nicht noch verschärft werden, Bernunft obwohlten muss, beweist die Handlung der Arbeiterschaft in Saarbrücken. In diesem Proletariertort, wo die Kommunisten die große Mehrheit bilden, wurde durch eine Vereinbarung mit den Kaufleuten bestimmt, daß fortan die Waren zu einem (um 20 und mehr Prozent) niedrigeren Preis herzugeben sind. Aus Angst vor Unruhen stimmen die Händler zu. Was sie nicht insgeheim fortzuschaffen vermögen, geben sie tatsächlich zu dem abgemachten Preis her. Und die Folge? In ein paar Stunden waren die Läden völlig ausverkauft, neue Vorräte aber kamen nicht herein, die bedürftigen Einwohner, also die Arbeiterschaft kam in schlimme Bedrängnis.

Es ist zu befürchten, daß diese üble Erfahrung von den Nutzniefern unserer Vereinsbildung weidlich ausgeschlaget wird, um die Abwehr des Buchers in Beruf zu bringen, die Arbeiterschaft zu schädigen. Selbstverständlich ist mit dem Hamborner Fehlschlag nichts gegen die Unverlässlichkeit, nichts gegen die Rücklichkeit der Preiskontrolle bewiesen, wohl aber hat er eindringlich dargetan, daß die Maßnahmen nicht loslos, sondern mit ruhiger Überlegung und gründlicher Fachkenntnis und für das ganze Reichsgebiet getroffen werden müssen. Das ist unbedingt notwendig, soll der Arbeiterklasse wirklich gedient sein. Und zu der Preiskontrolle müssen sich noch eine Reihe anderer Maßnahmen fügen, wenn dem Tun der Vollstrecker im Reichsinnen Einhalt getan werden soll.

Mit den Notwendigkeiten der Stunde hat sich, wie die Mitgliedschaft weiß, unter Vorstand und wiederholt und dann auch der Erweiterte Rat beschäftigt. Die Metallarbeiter-Zeitung hat es gleichfalls in einer Anzahl Aufsätze getan. Das Ergebnis der gemeinsamen Beratung ist an den Gewerkschaftsbund weitergeleitet worden mit dem Verlangen nach nachdrücklichem Handeln. Die Tagespresse hat fortlaufend von den Verhandlungen des Vorstandes des ADGB mit der Reichsregierung berichtet. Diese hat auch, dem Drängen des ADGB nachgebend, verschiedene Maßnahmen getroffen. Das sie nicht ausreichen, braucht hier nicht dargelegt zu werden, und ob sie eine Besserung der proletarischen Lage herbeiführen, muß erst die Zukunft lehren. Inzwischen geht die Bewoucherung weiter, wird die Not unerträglicher, die Verzweiflung allgemeiner.

Dieser Gang der Dinge löst es überaus dringlich erscheinen, wirksamere Maßnahmen zu suchen und die zu deren raschen Durchführung geeigneten Mittel zu erwägen. Bei der Größe und Dringlichkeit der Aufgabe halten wir es sehr geboten, die Gewerkschaften in Massen mehr als bislang zum Mittaten und Mitten zu berufen. Ihr müsse in dieser tiefersten Zeit mehr Gelegenheit zu gemeinschaftlichem Willensausdruck und Wegweisung gegeben werden, um der bestehenden Klasse wie der Regierung das Gewissen zu schärfen.

Dieser Notwendigkeit wird übrigens ein Beschluss der freigewerkschaftlichen Betriebsräte Berlins gerecht, der das ordentliche Organ der Betriebsräte Deutschlands, den Vollzugsrat, unter anderem beauftragt, "die Grundlage für einen Reichsbetriebsräte Kongress zu schaffen". Wir glauben richtig zu geben mit der Annahme, daß die für die Einberufung eines solchen Kongresses zuständigen Stellen des ADGB ihr Möglichstes tun werden, dem Verlangen nachzukommen. Der Rat wie die Tat der Betriebsräte, der Gewerkschafter aus der Werkstatt, kann dem Vorstand des ADGB bei seinen Bemühungen gegen die Vereinsbildung der Arbeiterschaft nur förderlich sein. Außerdem hat seit zwei Jahren kein Betriebsrätekongress mehr stattgefunden. Seitdem haben sich gewichtige Wandlungen vollzogen, sind reiche Erfahrungen gemacht worden, die nach gemeinschaftlichem Austausch und ihrer Formulierung verlangen. Da diese Tatsachen dem ADGB gleichfalls wohlbekannt sind, dürfte er sich mit der baldigen Abhaltung eines Betriebsrätekongresses ernstlich befassen. Abgesehen von den die Gesamtarbeiterchaft Deutschlands angehenden Dringlichkeiten, sind noch besondere von der organisierten Metallarbeiterchaft zu erfüllen. Das hier höchste Wert auf die Mitarbeit von Reich und Land gelegt werden muß, auch gezeigt wird, bezeugt der Beschluss unseres Vorstandes, den Reichsbearbeit der Betriebsräte des ADGB zum Oktoberanfang einzuberufen.

Nebenregierung Stinnes

Die freien Gewerkschaften stehen auf dem Boden der Erfüllungspolitik, d. h. sie haben sich bereit erklärt, für die Wiedergutmachung der in Nordfrankreich und Belgien durch Kriegsvermischung entstandenen Schäden einzutreten, soweit es im Rahmen der Leistungsfähigkeit und Tragfähigkeit der deutschen Wirtschaft möglich ist. Diese Bereitswilligkeit zu weitgehender Erfüllung hat auch in einem Teil des Auslandes einen Reaktionsspielraum geschaffen. Insbesondere in England ist aus der Erfüllungspraxis heraus die Erkenntnis gewachsen, daß übertriebene Reparationsforderungen an Deutschland in letzter Linie ihre Rückschläge auf die "Siegerstaaten" ausüben müssen. In Frankreich haben sich die Stimmen der Vernunft noch nicht durchgesetzt. Die Grenzen der Erfüllungspolitik, die immer deutlicher sichtbar werden, hat der Reichsangestalter mit dem Wort: "Erst Brot, dann Reparationen" gekennzeichnet. Auch die Gewerkschaften können bei aller Bereitschaft zur Erfüllung nicht zugeben, daß unerträgliche Reparationen zur Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung führen.

Zu just in demselben Augenblick, da alle bisher auf dem Boden der Erfüllungspolitik stehenden Kreise Verlassung haben, Erwägungen über die Grenzen des Möglichen anzustellen, wird bekannt, daß einer der schärfsten Gegner der Erfüllungspolitik mit den französischen Wiederaufbaugenossenschaften einen Privatvertrag über Sachlieferungen für den Wiederaufbau von Nordfrankreich abgeschlossen hat. Hugo Stinnes hat den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in einem Abkommen mit dem französischen Senator Marquis de Luberjac einen Mißverständnis geschafft gemacht, bei dem die Angestellten- und Arbeiterorganisationen ebensoviel mitzurechnen haben wie die Reichsregierung.

Wir haben oft genug dargelegt, daß es die Pflicht der deutschen Arbeiterschaft sein muß, durch den Wiederaufbau aktiv und unmittelbar am Werk der Volksverbesserung mitzuwirken, und es entspricht den Vorschlägen der deutschen Gewerkschaften, daß die Wiedergutmachung soweit als möglich in Sachlieferungen und in Arbeitsleistung vor sich gehen soll. Schon bei den Waffenstillstandsverhandlungen wurden die ersten Vorschläge gemacht und Anfang 1919 haben der Deutsche Bauarbeiterverband und der Bund der technischen Angestellten und Beamten in Verhandlungen mit den französischen Gewerkschaften erneut einen Wiederaufbauplan vereinbart. Die kapitalistischen französischen Geschäftsmacher haben es aber gegen den Willen der geschädigten Gewerber von Nordfrankreich erreicht, daß all diese Bestrebungen durchkreuzt wurden. Es gelang alsbald den vereinten Bemühungen der französischen und deutschen Kapitalisten, das gesamte Wiederaufbauproblem von allen gemeinschaftlichen Gedankenungen zu befreien und direkte Beziehungen zwischen den deutschen Industriellen und den französischen Wiederaufbaugenossenschaften herzustellen. Bereits das Wiesbadener Abkommen und das später folgende Nebenabkommen, der Bemelmanusvertrag waren rein privatwirtschaftlich gerichtet. So wurde aus dem großzügigen Sachlieferungsplan der Gewerkschaften immer mehr ein Unternehmen zur Erzielung von Reparationsgewinnen, bis schließlich der allgewaltige Hugo Stinnes an die Stelle der von ihm scharf bekämpften Erfüllungspolitik der Regierung das Erfüllungsgeschäft, an die Stelle des Wiederaufbauministeriums die von ihm begründete und kontrollierte Aktiengesellschaft für Hoch- und Ließbau gesetzt hat. Mit eindrücklicher Offenheit schreibt die Stinnespresse über die Auffassung der politischen Freunde des Herrn Stinnes:

"Man misst in jenem Lager dem neuen Bievertrag hohe positive Bedeutung bei. Man ist der Ansicht, daß dem Staatsapparat rechtzeitig Aufgaben entzogen würden, die er bei seiner notorischen Schwefähigkeit niemals hätte lösen können."

Die Macht von Stinnes ist bereits so stark, daß er sich neben der systematischen Auszählung der republikanischen Staatsgewalt auch noch obendrein diese Verhöhnung der Reichsregierung leisten kann.

Immerhin — auch das Reich soll an der Wiederaufbauaktion von Nordfrankreich beteiligt werden. Es hat nämlich das Recht, aus öffentlichen Mitteln an die Stinnesche Hoch- und Ließbau-Aktiengesellschaft zu bezahlen, was diese an Frankreich geleistet hat. Wie sehr Herr Stinnes das "Staatswohl" des Deutschen Reichs bei seinem Pakt mit de Luberjac gehaßt hat, geht daraus hervor, daß er sich für seine Lieferungen die auf dem französischen Markt üblichen Preise gefordert hat. Wie viel beprochenen Buchergewinne, die die französische Industrie nimmt, bilden also die Rätselungsgrundlage für Herrn Stinnes und seine Unterlieferanten. Bezahlt werden diese Preise vom Reich aus den Mitteln der Steuerzahler. Dabei erzählt die Tagespresse noch von dem großen "Vorteil", daß auf diese Weise die Abschreibungen vom Herstellungskonto diesmal auf Grund der Weltmarktpreise erfolgen. Die Gutschrift der deutschen Sachlieferungen zu Weltmarktpreisen hätte natürlich einen Sinn, wenn diese höheren Preise eine Entlastung der Reichsfläche bedeuten würden. Hier aber treiben die Stinnesleute mit dem Reiche die Ausbeutung, die sie während des Krieges bei den Munitions- und Rüstungslieferungen am Reich trieben durften.

Zu diesen Buchergewinnen kommt noch ein Aufschlag von 6 v. H., den sich die Aktiengesellschaft für Hoch- und Ließbau für ihre Organisation besonders hat verbürgen lassen. So sind bei dem Gesamtobjekt von 1500 Milliarden Papiermark den beteiligten Privatunternehmern Milliardenprofiten gesichert, die bei dem ungerechten Steuersystem zum erheblichen Teil von den Angestellten, Beamten und Arbeitern aufgebracht werden müssen zu einer Zeit, wo diese Volkschichten bittere Not leiden. Es wird immer wieder vergessen, zu bemerken, daß der Gesamtheit des deutschen Volkes in keinem Teil des Reiches ein Verfügungsberecht zugestanden ist. So hat die Reichsregierung

WELTSCHAU

Neupolnische Zustände

Das neupolnischen Gefilden wird uns geschildert: Eines der seltsamsten Länder, das die staatsmännische Weisheit der Verfallen geblieben ist, ist wohl Polen. Es sieht sich aus drei Gebieten, aus ehemals deutschen, österreichischen und russischen Provinzen zusammen. Innerhalb des neu geschaffenen Landes gibt es die verschiedensten Gesetze, so daß es geschieht, daß jemand, der im russisch-polnischen Gebiete mit dem Gesetz in Konflikt kommt, ganz anders behandelt wird als im ehemals preußischen. Alle drei Landesteile haben die früher dort geltenden Gesetze behalten. Diese werden erst nach und nach durch eine einheitliche polnische Gesetzgebung abgelöst. So ist es auch in der sozialen Sicherung. Wöhrend man sich im ehemals preußischen Gebiet der Kranken-, Alters-, Invaliden- und Unfallversicherung erfreut, haben die anderen Teile nur das an sozialen Gesetzen, was sie im alten Lande hatten. Bissher ist nur die Krankenversicherung eingeführt worden. Dies hat der Arbeiterschaft insoweit eine Verbesserung gebracht, daß ja in der Familie nicht jeder auf gesetzlichem Wege in Sicherheit ist. Die Beiträge werden zu drei Fünftel vom Arbeitgeber, zu zwei Fünftel vom Arbeitnehmer gezahlt. Die Behandlung erstreckt sich auf 26 Wochen. Auch hat der Versicherer gesetzlichen Anspruch auf Sterbegeld für seine Familienangehörigen. Die Alters- und Invaliditätsversicherung besteht nur im preußischen Teilgebiet. Es ist aber zu erwarten, daß auch in Polen eine solche Einrichtung für die Arbeiterschaft geschaffen wird. Mit der Unfallversicherung verhält es sich ebenso. Am schlimmsten sieht es wohl mit der Arbeitslosenversicherung aus. Es sind in den einzelnen Städten Arbeitsämter vorhanden, die mit einem ganz schönen Stab von Angestellten besetzt sind und den Versuch machen, den Arbeitslosen, hauptsächlich den ungeliebten, die nötige Arbeit nachzuweisen. Um eine den Verhältnissen entsprechende Arbeitslosenunterstützung darf jedoch niemand denken, zumal noch heute Städte vorhanden sind, die den Sozialtag von 4 M. den Tag zählen. Da der Preis eines Brötchens 25 M. beträgt, hat der Arbeitslose eine ganze Woche zu warten und dreimal zur Kontrolle zu gehen, bis er sich ein solches kaufen kann. Es geht eben nichts über die Schafsgeduld der Arbeiter. Die Angestelltenversicherung ist in dem preußischen Teilgebiet ebenfalls beibehalten worden, nur mehr man nichts davon.

Nun zur Wirtschaftslage Neupolens. Mit dem Tage der Übergabe der preußischen Provinzen Posen und Westpreußen an Polen schlägt auf der ganzen Linie ein Rüttschlag in den politischen und Verkehrsverhältnissen ein, der auf das wirtschaftliche Leben weiterwirkt. Dreieinhalb Monate lang war jeder Geldpostverkehr innerhalb dieser Gebiete unterbunden, so daß Zahlungen teilweise nur durch Banken vornehmen werden konnten, was für die kleineren Leute sehr umständlich und zeitraubend war, übrigens dieser Sünden laum bekannt dar, daß durch die Banken Zahlungen geleistet werden konnten. Der Verkehr der Eisenbahnen lag sehr dahinter. Zurückzuführen war dies hauptsächlich auf den Wechsel des Eisenbahnpersonals. Stundenlange Verzögerungen waren an der Tagesordnung. Einigesmal auf jeder Fahrt einige Extrastationen auf steinem Felde zu machen, durfte nicht wundern. Über alles das stand vor heute hinterfragt. Die Post arbeitet in großen ganzen zur Zufriedenheit. Wünsche einzelner werden immer erfüllt, der Eisenbahnverkehr klappt im neupolnischen Gebiet auf die Minute und nur selten ist eine Verzögerung zu buchen. Je mehr auf diesem Gebiete Verbesserungen zu verzeichnen sind, desto mehr verschlechterungen weist die Geldwirtschaft mit ihrer Auswirkung auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft auf. Stand doch bei der Übernahme die polnische Mark der deutschen fast gleich und gab sogar den Anschein, als ob sie diese noch überflügeln würde, später wurden wir dann allerdings eines Schlimmeren belehrt. Der Wert der polnischen Mark sank auf zweitstelligen und darunter. Selbstverständlich ist ihr Kaufkraft innerhalb des Landes fast in denselben Verhältnissen, so daß die Löhne der Arbeiterschaft mit der Leistung trotz aller Anstrengungen der Gewerkschaften nicht gleichen Schritt halten können. Anderseits waren aber auch die Besitzer von größeren Betrieben, wenn sie fest angelegt waren, in ganz kurzer Zeit arme Leute. Das ist bleier Zustand auf dem Arbeitsmarkt auswirkte, liegt auf der Hand. Besonders im Baumgewerbe sowie in den Gewerben, die auf eine Wehrmeinung für die aufgegebten Werte nicht rechnen können, und zunächst die Verkürzung der deutschen Arbeitsszeit, die von den Unternehmern aufs heftigste bekämpft wurde. Unsere ungarischen Kollegen liegen sich aber trotz Elend und Not die 48-Stundentwoche nicht raus. In den letzten Jahren standen unsere Kollegen unterbrochen in größeren und kleineren Kämpfen mit dem Unternehmertum. Sofort nach dem Kongress ist wiederum ein schroffer Lohnkampf, der etwa 30 000 Metallarbeiter umsetzt, ausgebrochen. Namentlich war es die verkürzte Arbeitszeit, die von den Unternehmern aufs heftigste bekämpft wurde. Unsere ungarischen Kollegen liegen sich aber trotz Elend und Not die 48-Stundentwoche nicht raus. In den letzten Jahren standen unsere Kollegen unterbrochen in größeren und kleineren Kämpfen mit dem Unternehmertum. Sofort nach dem Kongress ist wiederum ein schroffer Lohnkampf, der etwa 30 000 Metallarbeiter umsetzt, ausgebrochen. In politischer Beziehung herrscht, obwohl eine Erleichterung eingetreten, immer noch ein Willkürregime in den Versammlungen. müssen bei der Polizei immer noch angemeldet werden und dürfen nur mit Bewilligung und unter Polizeiaussicht abgehalten werden. Diese Polizeischikanen hinderten aber nicht, daß die Vertreter ihre Meinung beim Kongress unterschrieben zum Ausdruck brachten. Viele Kongressdelegierte hatten während des Krieges und namentlich nach der Revolution schwere Gefängnisstrafen durchgemacht. Wohl in keinem anderen Lande wurden so viele Proletarier von den Feldgerichten oder durch meuchelmörderische Hand gemordet wie in Ungarn. Trotz aller Qualen war der Kongress von gewaltiger Begeisterung und hohem Idealismus durchdrungen. Die ungarische Arbeiterschaft hat abermals den Beweis erbracht, daß die Überzeugung und Liebe zur Organisation niemals vernichtet werden kann. Dass unsere Kollegen treu zum internationalen Proletariat stehen, braucht kaum erwähnt zu werden. Ihr Ziel ist der Sozialismus, wovon sie weder durch Terror noch Schreckensherrschaft abzubringen sind. Die ungarischen Metallarbeiter stehen einmütig zum Internationalen Metallarbeiter-Bund und zur Internationale Gewerkschaftsinternat.

Es ist also eine Verbindung von Sauerstoff und Natrium. Durch Verbindung wurde natürlich der andere Bestandteil des Wassers, das Wasserstoffgas, frei, wie haben das erreicht, was wir anstreben, die Scheidung des Wasserstoffgases vom Sauerstoffgas. Die Ausführung dieser Trennung wurde uns leicht ermöglicht dadurch, daß das Wasserstoffgas zum Metall Natrium eine größere Verbindlichkeit besitzt als zum Wasserstoffgas. Natürlich läßt sich die Darstellung des Wasserstoffgases auch noch durch andere Körper erreichen. Es soll noch zur Vollständigung gesagt werden, daß sich das Natriumoxyd im Ofen auch löst, wir bekommen es also nicht zu sehen. Man erhält es, wenn man das betreffende Wasser, in welchem Natriumoxyd sich löst hat, in einem Kolben verdampfen läßt, der Rückstand ist dann das Natriumoxyd.

Leitet man Wasser dampf über glühendes Eisen, so brennt Eisen sofort das Sauerstoffes der Wasserdämpfe und es entsteht eine Verbindung Eisenoxyd, also eine Verbindung von Eisen und Wasserstoff, während durch diese Verbindung das Wasserstoffgas frei wird und entweicht.

Das Chlor ist ein Gas, genau so wie Wasserstoffgas, richtiger sollte man sagen müssen Chlorgas. Will man Chlorgas herstellen, bedient man sich des Braumeisenerns (Manganperoxyd), indem man es mit Salzsäure übergleitet. Da wir aber noch nicht wissen, was Salzsäure ist, wollen wir hier kurz folgendes zur Erläuterung sagen: man Chlorgas im Wasser löst, so erhält man die Salzsäure. Dabei erscheint, weshalb diese Säure Salzsäure genannt wird. Das Chlorgas hat keinen Namen, von der ihm eigentlichsten, die gelbgrün ist. Es ist von dem griechischen Wort chloros, grün und greift fast alles an, womit es in Berührung kommt. Greift auch sehr beständig die metallischen Lungen an (Blutspreng). Experimentelle Darstellung des Chlorgases läßt sich hier leider

aus technischen Gründen bei der Druckerei durch Zeichnungen usw. nicht wiedergeben. Der chemische Vorgang ist folgender:

Unser Erz, das Braumeisenerz, ist von Natur aus sehr sauerstoffreich, wie auch die Bezeichnung superoxyd besagt. Wir wissen aus Vorhergehendem, daß sich Sauerstoff (O) gern mit Wasserstoff (H) zu Wasser verbündet. So wirkt denn auch der Sauerstoffgehalt des Braumeisens (Manganperoxyd) auf den Chlorwasserstoff, das ist die Salzsäure, so ein, daß er sich mit dem Wasserstoff der Salzsäure zu Wasser verbindet. Dadurch wird das Chlor in Freiheit gesetzt, so daß wir auf diesem Wege zum Chlorgas kommen. Die Bildung der chemischen Gleichung werden wir in einem anderen Aufsatz erörtern.

Wir wollen uns nun noch mit einigen Versuchen mit Chlorgas beschäftigen. Denken wir uns ein zylindrisches Glasgefäß, gefüllt mit Chlorgas und werfen ein kleines Stückchen Antimon hinein. Das Antimon wird sehr bald aufbrennen. Grund für das Auftreiben ist, daß das Vereinigungsbedürfnis des Chlors und des Antimons zueinander so groß ist, daß die Vereinigung unter Feuererscheinung vor sich geht. Chlor und Antimon haben sich zu Chlortantimon verbinden.

Bringen wir dagegen eine an einem Draht befestigte brennende Kerze in einen mit Chlorgas gefüllten Zylinder, so wird die brennende Flamme rot, außerdem füllt sich der Zylinder mit Rauch. Dieses erläutert sich folgendermaßen: In der brennenden Kerze befinden sich sogenannte Kohlenwasserstoffe, das sind Verbindungen von Kohlenstoff und Wasserstoff. Das Chlorgas reagiert nur auf Kohlenwasserstoff so ein, daß es sich mit dem Wasserstoff zu Chlorkohlenstoff vereinigt. Es wird also dem Kohlenwasserstoff das Wasserstoffgas entzogen und der Kohlenstoff als solcher bleibt zurück, den wir in Gestalt von Ruß erkennen. Aus dieser chemischen Reaktion erzieht man wieder deutlich, daß das Chlorgas zum Wasserstoffgas ein großes Vereinigungsbedürfnis besitzt, wodurch, wie vorhin erläutert wurde, eine Scheidung vom Kohlenstoff und Wasserstoff erfolgt.

nationale. In die trübselige Lage eines Weltkriegs denkt die ungarische Arbeiterschaft mit Schrecken und Grauen. Man ist sich klar, daß es die damalige Kriegsschäfe war, die die Arbeiterschaft in die Hände ganz merkwürdiger Menschen auslieferne. Der Wohlseinssatz ist heute in den ungarischen Arbeiterschaften vollständig erledigt. Der Kongress sprach den Organisationen des Internationalen Metallarbeiter-Bundes für die gespendete Hilfe in der Stunde der Not den wärtesten Dank aus. (Schreiber, Metallarbeiter-Zeitung.)

Ein schwedischer Kollege über die deutsche Arbeiterjugend

Metallarbeiter, das Wochenblatt des Schwedischen Metallindustriearbeiter-Verbandes, druckt in seiner Nr. 34 einen Brief von einem jungen schwedischen Mechaniker ab, der in Immenningen eine Arbeitsstätte gefunden hat. Nachdem der Kollege sich über die Lohn- und Leistungerverhältnisse im allgemeinen richtig geäußert hat (wobei er auch sozialdemokratische Gewerkschaften, die an ein und demselben Orte drei, vier verschiedenen gesetzte Generäle haben, so daß die Arbeiterschaft auch auf gewerkschaftlichem Gebiete zerissen ist. Von einer Zentralisation in deutschem Sinne kann auch innerhalb der Klasse keine Rede sein).

Die freigemeinsame Arbeiterschaft, die bei der Abtretung von Posen und Westpreußen zu Polen gekommen ist, gründete 1919 einen Gewerkschaftsbund, der bis heute noch besteht. Als Verfechter des Centralismus hat er sich zunächst der polnischen Centralkommission in Warschau angeschlossen, führt auch dorther seine Beiträge ab, so wie es die Gewerkschaften Deutschlands an ihren Gewerkschaftsbund tun.

Die Mitgliederzahl ist infolge der Flucht und der schlechten wirtschaftlichen Lage erheblich zusammengesunken, einzelne Berufe sind ganz von der Bildfläche verschwunden. Trotzdem ist die freie Gewerkschaft noch ein einflußreicher, weil ihre Kräfte die längste gewerkschaftliche Erfahrung besitzen.

Zu Preußisch-Polen sind außer der freien Gewerkschaft noch vorhanden: die polnische Berufsvereinigung, einige Klasseverbände, eine kommunistische Organisation mit dem Sitz in Posen, der Hirschdorfer Centralverband sowie der politisch-christlich-nationale Arbeiterverein. In den langlebigen polnischen Gebieten haben wir außer den Klasseverbänden die jüdischen und einige Minderheitsorganisationen. Die Beitragszahlung läuft viel zu märrischen übrig, da der Opfermut der polnischen Arbeiter nicht die deutsche Höhe erreicht. Das nur ein Viertel oder oft gar nur ein Achtel des Stundendlohnes als Wochenbeitrag gezahlt wird, ist nichts Seltenes. In dem finanziellen Opfermut spiegelt sich die Kraft der gewerkschaftlichen Organisationen wieder. Regelmäßige Leistungen können die Organisationen den Mitarbeitern nicht bieten, selbst bei größeren örtlichen Lohnbewegungen sind die Gewerkschaften oftmals nicht in der Lage, Streikunterstützung zu leisten. Dass dies wiederum seinen Eindruck auf den organisatorischen Charakter der Arbeiterschaft ausübt, liegt auf der Hand. In einzelnen Gegenden machen sich daher jetzt Besprechungen bemerkbar, die an das Zeitalter der Bünde mahnen.

Siehe da, schwedische Arbeiterjugend, da gibt es etwas zu lernen. Freue dich und beschau unsre schöne Natur. Schafft euch gemeinschaftliche Freude und Munterkeit. Versucht unsre Volkslieder, nehmt Gesang und Musik zu Hilfe. Mag es auch bei uns, bei der schwedischen Arbeiterjugend, so werden. Es sind ja wir, die einmal die Gesellschaftsordnung übernehmen sollen. Darum müssen wir uns auch die dazu nötige Stärke verschaffen.

Ich glaube, daß die deutsche Arbeiterschaft in kürzer Zeit beweisen wird, daß sie auf dem rechten Weg ist. Darum, Arbeiters Jugend, sowohl männlich wie weiblich, erhebt euch durch Kultur und Bildung. Damit werdet ihr auch bei anderen Verständnis finden und durch Einigkeit könnt ihr auch eure Überlegenheit beweisen.

Mit kollegalem Gruß

Carl U. Andersson

Bertragsverlängerung in Dänemark

Gegenwärtig der bei Beendigung der Aussperrung (am 4. April) getroffenen Vereinbarung fanden am 1. August Verhandlungen statt. Für die Centralorganisation der Metallarbeiter (Formet, Metalldrucker, Schleifer, Spezialarbeiter, Schmiede und Maschinenbau) kam es zu einer Verlängerung des Vertrags bis zum 1. Februar 1924. Da nach den amtlichen Ermittlungen die Preise für Lebensmittel um 18 Punkte gesunken sind, treten vorläufig noch keine Lohnforderungen ein. Eine Abstimmung im Schmiede- und Maschinenbau-Berband ergab 2573 Stimmen für die Annahme der Vertragsverlängerung und 299 dagegen. Nach der letzten Abstimmung über die Lohnhöhe betrug der Durchschnittslohn für 18086 gelehrte Kollegen 172,4 Ore, für 6524 ungeliebte Kollegen 137,0 und für 1683 Kolleginnen 79,8 Ore.

10 dänische Kronen = 20 Millionen Sovjetrubel

Wie "Social-Demokrat" am 6. September mitteilte, hat ein in Odense wohnender Däne, der sich früher in Russland aufgehalten hat, durch Vermittlung des Roten Kreuzes an einem Freund in Russland ein Palet mit Lebensmitteln gesandt, wofür er 10 Kronen gezahlt hatte. Der Freund bedankte sich in einem Briefe, worin er gleichzeitig mitteilte, daß die Lebensmittel einen Wert von 20 Millionen Rubel hätten. Das Paket enthielt 17½ russische Pfund Mehl, 2½ Pfund Fett, 2½ Pfund Zucker, 400 Gramm Tee und 4 Dosen kondensierte Milch. In Russland kostet diese Sachen:

Mehr 500 000 Rubel das Pfund	8 750 000
Milch 825 000 Rubel die Dose	3 300 000
Fett 1 200 000 Rubel das Pfund	3 000 000
Zucker 1 000 000 Rubel das Pfund	2 500 000
Tea	2 500 000
Gesamt 20 000 000	

Der Empfänger hatte vor dem Kriege ein Einkommen von monatlich 500 Rubel. Jetzt hat er monatlich 127 Millionen = 30 Goldrubel. Danach gehört er also noch lange nicht zu den Russen, die am schlechtesten gestellt sind.

Ein Bischof über den Redakteurberuf

Wir lesen in einem unserer Arbeiterblätter: Bischof Dr. Wahl von Borrlöv, der selbst eine Zeitlang Redakteur an einer Zeitung, der Arbeiter Chronik, war, hat in einem "Erinnerungen" beitittelten Artikel folgende markante Sätze über den Redakteurberuf geprägt:

Journalistenarbeit — sie ist oft sehr gering geschätzt. Es wäre manchem, der eine Zeitung etwas hochmütig misst und kritisiert, heilsam, wenn er ein halbes Jahr in einer Redaktionstage Dienst tun würde. Man glaubt gar nicht, was alles einem Redakteur unterkommt. Eigentlich sollte er alles wissen und über alles informieren können. Eine französische Zeitung hat den Titel: „Je sais tout“, ich weiß alles. Das ist es, was in Wirklichkeit das Publikum von einer Zeitung erwartet. In der Redaktion einer Zeitung liegt eine ungeheure Verantwortung, weil ihr Einfluss so gewaltig ist.

Doch sprechen wir davon, wie einem Redakteur zumute ist und was seine Tätigkeit alles mit sich bringt. Manchmal hat er einen Artikel mit großem Fleiß, mit dem Aufgebot seines ganzen Wissens herausgearbeitet und nun sieht er, wie sein Werk mit Verhöhnung gelesen, mit Verachtung behandelt und das Blatt wie verloren weggeschmissen wird. Ich begrüße es ganz wohl, daß mancher Redakteur frühzeitig alt wird und daß es manche geradezu typische Krankheiten des Journalisten gibt: Herzkrankheiten und plötzliche Todesfälle, die Folge vielfacher Aufregung. Raum ein anderer Beruf kennt keiner und Herz ist jetzt an, wie die aufstrebende Redaktionstätigkeit. Ich habe gelernt, diesen Beruf meine Achtung entgegenzubringen.

Die Ausführungen des Bischofs tragen vielleicht dazu bei, daß manchem Leser die Bedeutung der Redaktionsarbeit in einem anderen Licht erscheinen lassen, als es bis jetzt zu sehen gewohnt war.

